

Die Entwicklung sozialer Ungleichheit in der Schweiz: zur Anwendung handlungstheoretischer Ansätze im Rahmen von Makroanalysen

Zwicky, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zwicky, H. (1989). Die Entwicklung sozialer Ungleichheit in der Schweiz: zur Anwendung handlungstheoretischer Ansätze im Rahmen von Makroanalysen. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie*, Zürich 1988 ; *Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 628-630). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-146394>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

soziale Schichten weiter zu fördern und ihren Anteil zur Gestaltung des Sozialismus in der DDR zu erhöhen.

Die Entwicklung sozialer Ungleichheit in der Schweiz. Zur Anwendung handlungstheoretischer Ansätze im Rahmen von Makroanalysen

Heinrich Zwicky (Zürich)

1. Einleitung

In Auseinandersetzung mit funktionalistischen Konzepten sind in der Ungleichheitsforschung seit den 70-er Jahren alternative theoretische Standpunkte formuliert worden, die einerseits auf den Einfluss struktureller Gegebenheiten und andererseits auf die Konfliktivität von Interessenstandpunkten hinwiesen. Die Stossrichtung dieser theoretischen Ansätze war in den meisten Fällen auch eine makrosoziologische, d.h. dass verstärkt auch die Gesamtstruktur gesellschaftlicher Ungleichheit und nicht nur individuelle Auf- und Abstiegspfade untersucht werden sollten.

In den letzten Jahren wird nun verstärkt die strukturalistische Einseitigkeit der erwähnten "alternativen Ansätze" kritisiert und eine *handlungstheoretische Betrachtungsweise* gefordert, d.h. dass Strukturen nicht als unverrückbare Gegebenheiten konzipiert werden sollen, sondern als Resultat von individuellen und kollektiven Handlungen. Die empirische Umsetzung dieser neuesten Forschungsposition erfolgt vorzugsweise im Rahmen mikrosoziologischer Studien und läuft zudem Gefahr, sich der konflikttheoretischen Elemente der strukturalistisch ausgerichteten Ungleichheitsforschung zu entledigen.

Mein Beitrag soll auf diesem Hintergrund zeigen, dass eine empirische Umsetzung einer handlungstheoretischen Perspektive in der Ungleichheitsforschung möglich und sinnvoll ist, ohne dass auf eine konflikttheoretische Perspektive und auf Makroanalysen verzichtet wird.

2. Die Entwicklung sozialer Ungleichheit in der Schweiz

Auch aus einer handlungstheoretischen Perspektive ist eine empirische Beschreibung von Makrostrukturen sozialer Ungleichheit eine wichtige Voraussetzung für weitergehende Forschungsschritte. Diese Beschreibung ist gerade für die Schweiz mit vielfältigen Hindernissen verbunden (Steuergeheimnis, beschränkte Vergleichbarkeit der veröffentlichten Statistiken etc.). In einer umfangreichen Arbeit habe ich versucht, diese Hindernisse zu beseitigen und ein Bild von der *Entwicklung sozialer Ungleichheit in der Schweiz seit 1950* zu erarbeiten.

Dabei ergibt sich für verschiedene Indikatoren (Einkommensverteilung, Vermögensverteilung, Lohnrelationen) trotz unterschiedlicher Gesamttrends insofern ein einheitliches Bild, als die Ungleichheit in der Schweiz *zwischen 1955 und 1965* in überdurchschnittlichem Masse zunimmt (bzw. in unterdurchschnittlichem Masse abnimmt), während umgekehrt *zwischen 1970 und 1975* ein deutli-

cher Trend zur Reduktion (bzw. einer verringerten Zunahme) der Ungleichheit festzustellen ist.

Für den Grossteil der Indikatoren sozialer Ungleichheit ergeben sich über die gesamte Untersuchungsperiode 1950 bis 1980 sodann abnehmende *Gesamttrends*, so beispielsweise für den Einkommensanteil der reichsten 1% der Steuerpflichtigen, die Vermögensungleichheit oder die Lohndifferenzen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Umgekehrt steigt beispielsweise der Einkommensanteil der reichsten 20% der Steuerpflichtigen ebenso wie die Gesamtmasse der Einkommensungleichheit (z.B. der GINI - Index) über die Gesamtperiode leicht an.

Neuere Hinweise auf die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung nach 1980 sind bisher lediglich für den Kanton Zürich verfügbar. Die entsprechenden Berechnungen zeigen, dass die Egalisierung der Einkommensverteilung *nach 1980* gestoppt wird und, dass sich für die Vermögensverteilung seit Jahrzehnten erstmals wieder eine Erhöhung der Ungleichheit anzeigt. So steigt der Vermögensanteil der reichsten 1% der Steuerpflichtigen im Kanton Zürich zwischen 1982 und 1986 von 35.9% an auf 38.7%.

3. *Mobilisierung und Sozialkontrolle als Bestimmungsgrössen der Entwicklung sozialer Ungleichheit*

Aus einer handlungstheoretischen Perspektive sind die beschriebenen Veränderungen im Ausmass sozialer Ungleichheit in der Schweiz weder primär aus naturgesetzlichen Entwicklungen linearer oder zyklischer Natur noch aus strukturellen Gegebenheiten wie beispielsweise dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand oder Verschiebungen zwischen den Produktionssektoren zu erklären, sondern vor allen Dingen aus veränderten Handlungsmustern in der schweizerischen Gesellschaft.

Meine Analysen konzentrierten sich dabei einerseits auf den Einfluss der Mobilisierung der gesellschaftlichen Basis für Umverteilungsanliegen und andererseits auf die Stärke der sozialen Kontrolle seitens und im Interesse von Eliten. Für diese beiden Handlungsmuster sollte also empirisch getestet werden, inwieweit sie die Entwicklung der Ungleichheit in der Schweiz beeinflussen.

Die *Mobilisierung der gesellschaftlichen Basis für Umverteilungsanliegen* wird durch die Häufigkeit von sogenannten Aktivierungsereignissen operationalisiert, die sich mit "Klassenfragen" beschäftigen. Diese Daten sind im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms "Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie" am soziologischen Institut der Universität Zürich erarbeitet worden. Die empirischen Analysen zeigen, dass tatsächlich die Zahl der Aktivierungsereignisse in einem deutlichen Zusammenhang zur nachfolgenden Entwicklung der Ungleichheit der Einkommensverteilung steht. Und zwar in der Form, dass die materielle Ungleichheit im Gefolge einer erhöhten Basismobilisierung reduziert wird.

Zweitens kann gezeigt werden, dass das *Potential für formelle Sozialkontrolle*, d.h. der Ausgabenanteil des Staates für Justiz und Polizei, in einem deut-

lichen Zusammenhang zur nachfolgenden Entwicklung der Einkommensungleichheit steht: Je grösser der Ausgabenanteil für Justiz und Polizei, desto stärker steigt nachfolgend der Einkommensanteil der reichsten 20% der Steuerpflichtigen an.

Weitergehende multivariate Analysen ergeben sodann, dass der Einfluss dieser beiden Faktoren (Mobilisierungsgrad und formelle Sozialkontrolle) keine Scheinbeziehung darstellt und sich bei Kontrolle von Grössen wie dem Einkommen pro Kopf, der Lohn- oder der Staatsquote erhält.

Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass nicht jede Form der Mobilisierung und nicht jede Form der Sozialkontrolle das Ausmass sozialer Ungleichheit in der postulierten Weise beeinflusst. So lässt sich beispielsweise für die Mobilisierung der Bürger in konventionellen Kanälen (Wahlbeteiligung) kein entsprechender Zusammenhang nachweisen.

Was den Zusammenhang zwischen formeller Sozialkontrolle und Ungleichheit auf einem aggregierten Analyseniveau betrifft, so unterscheidet sich meine Analyse insofern von verschiedenen amerikanischen Querschnittsanalysen als sie - in einer handlungstheoretischen Perspektive - die Sozialkontrolle als Bestimmungsgrösse und nicht als Konsequenz sozialer Ungleichheit interpretieren. Und diese Interpretation wird in der Längsschnittanalyse durch das zeitliche Verhältnis der beiden Entwicklungslinien, d.h. durch einen Lag des Ungleichheitsindikators, empirisch gestützt.

4. Ein Sonderfall Schweiz ?

Die dargestellten Ergebnisse zur Entwicklung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz lassen sich beim heutigen Forschungsstand nicht mit analogen Analysen in anderen Ländern vergleichen. Und erst ein solcher Vergleich könnte uns die Frage beantworten, ob die beschriebenen Zusammenhänge spezifisch für die Schweiz gelten. Ohne den Ergebnissen solcher Vergleichsstudien vorzugreifen, möchte ich an dieser Stelle doch noch kurz argumentativ auf mögliche Gründe für die geschilderten Beziehungen eingehen, die mit der gesellschaftlichen und politischen Struktur der Schweiz zusammenhängen. Es wäre denkbar, dass das System der direkten Demokratie und - damit verbunden - die politische Konkordanz in der Schweiz, dazu beiträgt, dass Basismobilisierungen eher zu politischem und sozialem Wandel führen. Im gleichen Sinne ist es denkbar, dass das ausgebaute System korporatistischer Interessenvermittlung in der Schweiz zu einer direkteren Umsetzung manifester Umverteilungsanliegen im Rahmen von Lohnverhandlungen beiträgt.

In bezug auf den Zusammenhang zwischen formeller Sozialkontrolle und Ungleichheit liesse sich die Hypothese aufstellen, dass nicht so sehr dieser Zusammenhang als solcher eine schweizerische Besonderheit darstellt, sondern vielmehr dessen Kausalrichtung. Dies würde bedeuten, dass in der Schweiz Sozialkontrolle in stärkerem Masse "präventiv" (im Gegensatz zu "reaktiv") angewandt wird.